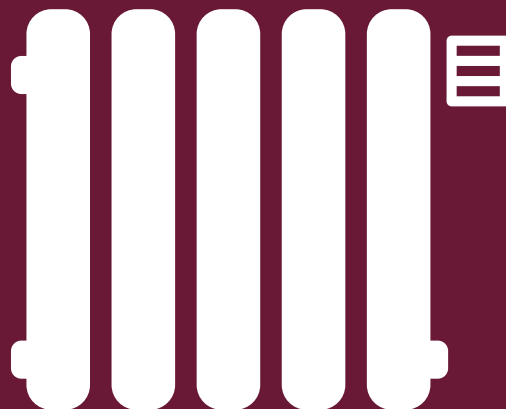


Fraktion intern



WIR LASSEN NIEMANDEN ALLEIN



**Hohe Energiepreise:
So hilft der Staat
den Menschen**

SEITE 6

**Verena Hubertz
über die Chancen
in der Krise**

SEITE 14

**Wie wir uns unab-
hängig machen
von Putins Gas**

SEITE 20



ROLF MÜTZENICH MDB

Wir lassen niemanden allein

Die Ampel tut alles dafür, um die hohen Energiepreise für die Bürger:innen und Unternehmen abzufedern. Wir lassen niemanden allein. Uns als SPD-Bundestagsfraktion kommt es vor allem darauf an, diejenigen zu entlasten, die es am dringendsten brauchen: Geringverdiener:innen, Rentner:innen, Familien, Alleinerziehende, Azubis und Studierende.

Mit fast 100 Milliarden Euro finanzieren wir bereits jetzt Entlastungen für die Haushalte in Form von steuerlichen Maßnahmen und Direktzahlungen. Diese Entlastungen haben wir in den vergangenen Wochen und Monaten beschlossen und zügig umgesetzt.

Wir werden aber auch strukturell an die hohen Energiepreise herangehen. Wir werden Zufallsgewinne von Energieunternehmen abschöpfen und der Gesellschaft zurückgeben, um damit eine Strompreisbremse zu finanzieren. Parallel spannen wir einen Abwehrschirm gegen die Folgen des Krieges auf. Der Schirm umfasst 200 Milliarden Euro – viel Geld, mit dem wir unter anderem

eine Gaspreisbremse, eine Einmalzahlung für Haushalte sowie wirtschaftliche Hilfen für Unternehmen finanzieren wollen. Zugleich sorgen wir dafür, dass Anreize zum Energiesparen gewahrt bleiben.

Eine von der Bundesregierung eingerichtete Expert:innen-Kommission hat Empfehlungen für eine Gaspreisbremse vorgelegt, die nun von der Bundesregierung rasch geprüft und dann in die parlamentarischen Beratungen gebracht werden. Diese Vorschläge tragen übrigens ganz klar die Handschrift der SPD-Fraktion. Wir haben eine solche Gaspreisbremse bereits auf unserer Klausur in Dresden Anfang September vorgeschlagen.

Kurzfristig kann Deutschland nicht komplett auf Gas verzichten. Wir tun jedoch alles dafür, um unabhängiger von russischem Gas zu werden und gleichzeitig die Energieversorgung sicherzustellen. Unsere Gasspeicher sind zu mehr als 95 Prozent gefüllt. Wir haben unsere Bezugsquellen diversifiziert und den Bau von Flüssiggas-Terminals beschleunigt. Alte Kohlekraftwerke

werden noch einmal ans Netz geholt.

Zudem hat Bundeskanzler Olaf Scholz entschieden, dass drei Atomkraftwerke bis maximal Mitte April 2023 am Netz bleiben können. Eine vollständige Rückkehr zur Nutzung von Atomenergie lehnen wir aber entschieden ab.

Vielmehr geht es darum, die erneuerbaren Energien auszubauen. Nur sie machen uns unabhängig von fossiler und russischer Energie. Wir benötigen sie aber auch für die sozial-ökologische Transformation, die wir gemeinsam als Koalition vorantreiben wollen. Auch in diesen Krisenzeiten bleibt es unser Ziel, die natürlichen Lebensgrundlagen für die jetzige und für kommende Generationen zu sichern. Dazu braucht es einen tiefgreifenden Wandel hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft – der aber nur gelingt, wenn alle dabei mitgenommen werden.

Euer und Ihr Rolf Mützenich

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion
Verantwortlich: Josephine Ortleb MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

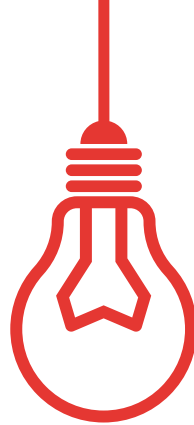
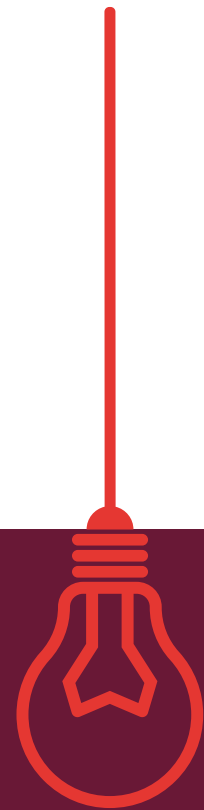
Redaktion: Flora Wisdorff, Stefan Hintermeier
Redaktionsschluss: 27. Oktober 2022

Redaktionsanschrift: SPD-Bundestagsfraktion Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
Telefon: 030 227-513 34 Telefax: 030 227-568 00
redaktion@spdfraktion.de · www.spdfraktion.de

Layout: Dominique Mayer, Berlin
Druck: Möller Druck und Verlag GmbH, Berlin

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Abbildungen:
iStock/Oleksandr Melnyk (S. 1, 4), photothek.net (S. 3), Fionn Große (S. 5, 14, 15, 17),
picture alliance | Panama Pictures/Christoph Hardt (S. 5, 23), Benjamin Jenak (S. 19),
picture alliance | dpa/Sina Schuldt (S. 21)



06 ENERGIEKOSTEN

Die Preise müssen runter

Infolge des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine sind die Energiepreise stark angestiegen – eine massive Belastung für Verbraucher:innen und Unternehmen. Doch die Bundesregierung stellt mit einem 200-Milliarden-Euro-Abwehrschirm und mehreren Entlastungspaketen sicher, dass alle gut durch diese Krise kommen.



12 INFLATION

Die Entlastungen im Überblick

Direktzahlungen, große Wohngeld-Reform, steuerliche Entlastungen, Energiepreisbremsen: Die Ampelkoalition hat zahlreiche Maßnahmen verabschiedet, die insbesondere Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen helfen, mit den hohen Energiepreisen zurecht zu kommen. Hier zeigen wir die Übersicht.

14 INTERVIEW



In der Krise liegt die Chance immer nah «

Fraktionsvizin *Verena Hubertz* über den Schaden der hohen Energiepreise für die Wirtschaft und die Rolle des Staates, um gut durch diese Krise zu kommen.

20 ENERGIESICHERHEIT



So machen wir uns unabhängig von Putins Gas

Mit dem Bau von Flüssiggas-Terminals, neuen Energiepartnerschaften und dem Ausbau der Erneuerbaren wird die Energiesicherheit gewährleistet.



Die Preise



müssen runter

Infolge des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine sind die Energiepreise stark angestiegen – eine massive Belastung für Verbraucher:innen und Unternehmen. Doch die Bundesregierung stellt mit einem 200-Milliarden-Euro-Abwehrschirm und mehreren Entlastungspaketen sicher, dass alle gut durch diese Krise kommen.

Putin hat gehofft, uns mit dem Abdrehen des Gashahns erpressen zu können«, sagt Bundeskanzler Olaf Scholz Ende Oktober im Bundestag. Doch da habe er sich verrechnet. »Denn Europa steht zusammen. Und auch wir als Land haben mit den Maßnahmen der vergangenen Wochen und Monate sichergestellt, dass wir voll Zuversicht sagen können: Gemeinsam kommen wir durch diesen Winter.«

Es ist eine klare Botschaft, die der Kanzler damit zugleich in Richtung Moskau, aber auch an die Bürger:innen richtet.

Angesichts der infolge des Lieferstopps aus Russland massiv gestiegenen Preise wird die Regierung dafür sorgen, dass alle die Hilfe bekommen, die sie benötigen, dass niemand alleine gelassen wird. »You'll never walk alone«, lautet das Motto, das Olaf Scholz für die Bewältigung dieser Krise ausgegeben hat.

Dafür hat die Ampel-Koalition einen gewaltigen Abwehrschirm beschlossen. Ganze 200 Milliarden Euro wird die Bundesregierung über die kommenden zweieinhalb Jahre zur Verfügung stellen, um die Energiepreise unten zu halten. »Die Preise müssen runter«, kündigte der Kanzler an.

Der Abwehrschirm ergänzt die drei Entlastungspakete, die die Bürger:innen bereits mit 100 Milliarden Euro unterstützen. Über Direktzahlungen, Steuererleichterungen und weitere Maßnahmen wie eine Wohngeldreform und eine Erhöhung des Bürgergelds wurden schon massive Hilfen in die Wege geleitet.

Für sichere Jobs kämpfen

Jetzt stehen mit einer Strom- und einer Gaspreisbremse strukturelle Eingriffe an, die Verbraucher:innen und Unternehmen dauerhaft und planbar entlasten – und dafür sorgen, dass die hohen Preise erst gar nicht bei ihnen ankommen.

»Gemeinsam kämpfen wir dafür, dass Unternehmen und Arbeitsplätze sicher sind und dass niemand von den Preisen für Strom und Heizung überfordert wird«, so Rolf Mützenich, Chef der SPD-Bundestagsfraktion.

Deutschland ist zwar gut vorbereitet auf den Lieferstopp aus Russland – etwa durch Gasimporte aus anderen Ländern, den Bau von Flüssiggasterminals und den raschen Ausbau der erneuerbaren Energien. Dennoch werden hohe Preissteigerungen nicht zu vermeiden sein.

Doch es gibt auch Grund, zuversichtlich zu sein. Wir seien in der Lage, dafür zu sorgen, dass unser wirtschaftlich starkes Land eine so große Herausforderung bewältigen könne, sagte der Kanzler.

Strom- und Gaspreise werden gesenkt

Im Mittelpunkt steht dabei nun die Einführung von Strom- und Gaspreisbremsen. Eine von der Bundesregierung ins Leben gerufene Expert:innenkommission hat Mitte Oktober erste Vorschläge dazu erarbeitet – die Regierung ist nun dabei, diese umzusetzen, während die Kommission an der Endfassung des Berichts arbeitet.

Die Kommission schlägt in ihrem Zwischenbericht ein zweistufiges Verfahren vor: In einem ersten Schritt soll der Staat die Abschlagszahlungen für alle Gaskunden außer großen industriellen Kunden diesen Dezember übernehmen.

In einem zweiten Schritt soll für sie ab Anfang März 2023 bis mindestens Ende April 2024 eine Gas- und Wärmepreisbremse greifen. Diese sieht für eine Grundmenge an Gas einen staatlich garantierten Bruttopreis vor. Oberhalb dieses Kontingents sollen Marktpreise gelten.

Für Fernwärmekunden soll eine Wärmepreisbremse kommen, und auch für Nutzer:innen von Öl- und Pelletheizungen soll es Lösungen geben.

Für die großen industriellen Verbraucher soll die Gaspreisbremse bereits ab Januar 2023 gelten. Insgesamt beläuft sich das Entlastungsvolumen durch diese Vorschläge auf rund 96 Milliarden Euro.

Handschrift der SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion lobt die Vorschläge: Sie seien eine »Mischung aus schnell wirksamen und systemischen Eingriffen und damit genau das, was die SPD-Fraktion schon in ihrer Klausurtagung in Dresden gefordert hat«, sagte Fraktionsvize Matthias Miersch.

In der Tat stand die ursprüngliche Idee zur Gas- und zur Strompreisbremse bereits in einem Positionspapier, das die SPD-Fraktion Ende September verabschiedet hatte, noch bevor der Koalitionsausschuss sich überhaupt auf das Vorgehen grundsätzlich einigte – das Konzept trägt eindeutig die Handschrift der SPD-Fraktion.

Im Zuge der parlamentarischen Umsetzung wird die SPD-Fraktion auf eine gerechte Ausgestaltung der Gaspreisbremse achten. Dazu gehört auch die Prüfung, ob der Einsatz der Bremse schon früher als März beginnen kann. Andernfalls soll ein Härtefallfonds jenen Privathaushalten und Unternehmen helfen, die zwischen Dezember und März noch einmal Unterstützung brauchen.

Lob von Ökonomen

Sebastian Dullien, Direktor des Instituts für Makroökonomie- und Konjunkturforschung, lobt die von der Kommission vorgeschlagene Gaspreisbremse: Sie würde die Haushalte schnell entlasten, die Kaufkraft stärken, und die Inflation dämpfen, so der Ökonom.

Mit ihr könne das deutsche Wirtschaftswachstum direkt um einen knappen Prozentpunkt gestützt werden. Und: Bei der Inflation dürfte sie die gemessene Teuerungsrate um mehrere Prozentpunkte nach unten drücken – auch das sei „hoch willkommen“. Sehr gut sei auch, so Dullien weiter, dass die Gaspreisbremse bei den Privathaushalten Planungssicherheit schaffe.

Auch auf EU-Ebene wird daran gearbeitet, gemeinsam die Gaspreise zu senken. So unterstützen die EU-Staaten den Vorschlag der EU-Kommission, die Möglichkeit für gemeinsame Gaseinkäufe zu schaffen. Ziel ist, dass Unternehmen in den EU-Staaten ihren Bedarf bündeln und in den Verhandlungen mit anderen Ländern nicht gegenseitig die Preise treiben.

Übergewinne finanzieren Strompreisbremse

Für die Planung einer Strompreisbremse hat sich die Ampel-Koalition im Gleichklang mit der EU-Ebene eingesetzt, die Umsetzung ist nun in Arbeit. Sie soll ähnlich funktionieren wie die Gaspreisbremse, indem gewisse Basis-Stromkontingente für Haushalte verbilligt werden. Dabei soll ein Jahresverbrauch aus der Vergangenheit herangezogen werden. Allerdings gibt es einen wichtigen Unterschied bei der Finanzierung.

Dazu haben die EU-Staaten eigens eine Verordnung erarbeitet, die eine Abschöpfung übermäßiger sogenannter Zufallsgewinne am Strommarkt vorsieht. Diese entstehen bei Kraftwerken, die Strom ohne Gas produzieren, weil Gas aktuell den Preis setzt und weil dieser gerade so hoch ist. Gewinnabschöpfungen soll es geben für erneuerbare Energien, Grubengas-Kraftwerke, Abfall-Kraftwerke, Atomkraftwerke, Braunkohlekraftwerke und Kraftwerke, die Öl verbrennen.

Die Bundesregierung möchte nun möglichst Strom- und Gaspreisbremsen einheitlich umsetzen.

Der Doppel-Wumms ist beschlossen

Die finanzielle Grundlage für die Umsetzung der Preisbremsen ist jedenfalls schon vom Bundestag beschlossen worden. Dazu ist der Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds, der ursprünglich ausschließlich Unternehmen infolge der Corona-Pandemie unterstützte, reaktiviert und neu ausgerichtet worden. Er dient nun auch der „Abwehr schwerer wirtschaftlicher Schäden durch die krisenhafte Entwicklung auf den Energiemärkten.“

Zusätzlich zur Anschubfinanzierung einer Strompreisbremse und zur Finanzierung der Gaspreisbremse können nun aus dem Fonds aufgrund der Energiekrise in Schwierigkeiten geratene Unternehmen und stabilitätsrelevante Gasimporteure unterstützt werden. Für all das wurde eine Kreditermächtigung in Höhe von 200 Milliarden Euro im Jahr 2022 geschaffen.

Eine Umwidmung der Mittel für andere Zwecke im Bundeshaushalt ist nicht möglich. Damit wird verdeutlicht, dass die Mittel allein der Abwehr der Folgen der außergewöhnlichen Notsituation dienen.

Kanzler Scholz bezeichnete die geplante staatliche Stützung der Energieversorgung und die vorgesehenen Preisbremsen als „Doppel-Wumms“. Er erinnerte damit an seinen Ausspruch als Finanzminister zu zurückliegenden staatlichen Hilfen in der Corona-Krise, dass es darum gehe, mit „Wumms“ aus der Krise zu kommen. »Man kann sagen, das ist hier ein Doppel-Wumms«, sagte Scholz.

Dem Einsatz von Energie als Waffe trotzen

Es ist ein wichtiges Signal, das dadurch gesendet wird, dass diese enormen Mittel zur Entlastung der Bürger:innen und zur Finanzierung der Energiepreisbremsen quasi umgehend bereitgestellt werden. Die Ampel-Koalition zeigt der russischen Regierung, dass Deutschland widerstandsfähig ist und dem Einsatz von Energie als Waffe trotzt.

Zum anderen sendet die sofortige Bereitstellung der Mittel auch ein starkes Signal an die Verbraucher:innen und an die Wirtschaft in Deutschland. Die Unsicherheit, die zurzeit die wirtschaftliche Entwicklung hemmt, wird reduziert. Gleichzeitig wird Vertrauen geschaffen in die Entschlossenheit des Staates, schwere wirtschaftliche Schäden abzufedern.

Die Entlastungen im Überblick

So werden die Energiepreise gesenkt

- Ein **Abwehrschirm gegen steigende Energiepreise** mit einem Volumen von 200 Milliarden Euro wurde gespannt. Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds wurde ermächtigt, Kredite in dieser Höhe aufzunehmen. Der Abwehrschirm dient dazu, Energiepreisbremsen auf Strom und Gas umzusetzen. Außerdem sollen Stützungsmaßnahmen für Härtefälle finanziert werden.
- Eine **Energiepreisbremse für Gas und Fernwärme** wird eingeführt. Profitieren sollen unter anderem private Haushalte, Unternehmen und soziale Einrichtungen. Über die Begrenzung des Preises für einen bestimmten Basisverbrauch soll eine wirkungsvolle Entlastung geschaffen werden.
- Eine **Strompreisbremse** wird eingeführt: Privathaushalten sowie bestimmten Unternehmen soll eine bestimmte Menge Strom als Basisverbrauch zu einem vergünstigten Preis gutgeschrieben werden. Zur Finanzierung werden **Zufallsgewinne** am Strommarkt herangezogen: Denn obwohl viele Energieunternehmen für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, Kohle oder Kernkraft gleichbleibende Produktionskosten haben, erhalten sie für den von ihnen produzierten Strom den derzeit sehr hohen Marktpreis.
- Die **Mehrwertsteuer für den Gasverbrauch und auf Fernwärme** wurde bereits gesenkt. Vom 1. Oktober 2022 bis 31. März 2024 beträgt sie nur sieben statt 19 Prozent.
- Die **EEG-Umlage beim Stromverbrauch** ist bereits am 1. Juli 2022 vollständig abgeschafft worden. Damit entfielen beim Strompreis 3,7 Cent je Kilowattstunde, was die Verbraucher:innen um insgesamt 6,6 Milliarden Euro entlastet.
- Die zum 1. Januar 2023 anstehende Erhöhung des **CO₂-Preises** um fünf Euro pro Tonne ist um ein Jahr verschoben worden.
- Wer wegen der Preissteigerungen die Miete, Betriebskostenvorauszahlungen oder Energiekosten nicht zahlen kann, soll vor Kündigung oder Sperren von Strom und Gas geschützt werden.

So werden die Bürger:innen unterstützt

Beschäftigte, Selbständige und Rentner:innen

- Alle einkommensteuerpflichtigen Erwerbstätigen erhalten eine **Energiepreispauschale** von 300 Euro, die seit September 2022 ausgezahlt wird. Das gilt auch für alle Minijobber:innen. Im Dezember 2022 bekommen Rentner:innen und Pensionär:innen eine Energiepreispauschale von 300 Euro. Außerdem profitiert davon, wer eine Erwerbsminderungs- oder Hinterbliebenenrente bezieht.
- Der steuerliche **Grundfreibetrag** ist von 9.984 Euro (2021) auf 10.347 Euro (2022) gestiegen und wird zum 1. Januar 2023 weiter erhöht. Das bedeutet: weniger Steuern, mehr Netto für 48 Millionen Bürger:innen.
- Der **Arbeitnehmer-Pauschbetrag** wurde rückwirkend ab 1. Januar 2022 um 200 Euro erhöht.
- Die **Fernpendler-Pauschale** ist ab dem 21. Kilometer von 35 auf 38 Cent/km erhöht worden, befristet bis Ende 2026. Geringverdiener erhalten eine **Mobilitätsprämie**. Die **Homeoffice-Pauschale** wird verbessert und entfristet.
- Die Höchstgrenze für Midi-Jobs steigt zum 1. Januar 2023 von 1.600 auf 2.000 Euro pro Monat. Arbeitnehmer:innen zahlen im Einkommensbereich unterhalb dieser Grenze **weniger Sozialabgaben**. Dadurch werden sie um rund 1,3 Milliarden Euro jährlich entlastet.
- Steuerzahler:innen können ab dem 1. Januar 2023 ihre **Rentenbeiträge voll absetzen** – zwei Jahre früher als geplant.
- Sonderzahlungen** von Arbeitgebern an ihre Beschäftigten bleiben bis zu einer Höhe von 3.000 Euro frei von Steuern und Sozialabgaben. Das gilt für eine Auszahlung dieser sogenannten Inflationsprämie bis zum 31. Dezember 2024.

Familien mit Kindern

- Alle Eltern erhalten 2022 einen **Familienzuschuss** (Kinderbonus) von 100 Euro pro Kind. Ab Januar 2023 steigt das **Kindergeld** für das erste und zweite Kind von 219 bzw. für das dritte Kind von 225 auf jeweils 237 Euro monatlich. Auch der Kinderfreibetrag wird angehoben.

- Bis zur Einführung der Kindergrundsicherung wird seit Juli 2022 ein **Sofortzuschlag** in Höhe von 20 Euro pro Monat allen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausgezahlt, die Anspruch auf Kinderzuschlag oder auf Leistungen gemäß SGB II haben.
- Um die zusätzlichen Belastungen dieser Familien aufgrund der Inflation abzumildern, wird der Höchstbetrag des **Kinderzuschlages** ab dem 1. Januar 2023 nochmals erhöht und auf 250 Euro monatlich angehoben.

Studierende und Fachschüler:innen

- Alle Studierenden und Fachschüler:innen erhalten eine **Einmalzahlung** in Höhe von 200 Euro.

Empfänger:innen von Wohngeld und Bafög

- Ein **erster Heizkostenzuschuss** wurde 2022 in Höhe von 270 Euro für Ein-Personen-Wohngeld-Haushalte ausgezahlt (350 Euro für zwei Personen, 70 Euro für jede weitere Person). Bezieher:innen von Bafög und Berufsausbildungsleistungen haben 230 Euro erhalten.
- Einen **zweiten Heizkostenzuschuss** für September bis Dezember 2022 gibt es einmalig in Höhe von 415 Euro für Ein-Personen-Wohngeld-Haushalte (540 Euro für zwei Personen; für jede weitere Person zusätzliche 100 Euro). Bezieher:innen von Bafög und Berufsausbildungsleistungen erhalten 345 Euro.
- Zum 1. Januar 2023 wird das **Wohngeld** reformiert. Es wird um eine dauerhafte Klima- und Heizkostenkomponente ergänzt. Statt bei 180 Euro liegt es dann

im Schnitt bei 370 Euro. Der Kreis der Haushalte, die Wohngeld bekommen, wird erheblich vergrößert: von 600.000 auf zwei Millionen.

Empfänger:innen von Arbeitslosengeld und Grundsicherung

- Zusätzlich zum Arbeitslosengeld I wurde 2022 eine **Einmalzahlung** von 100 Euro ausgezahlt. Erwachsene Bezieher:innen von Arbeitslosengeld II und von Grundsicherung im Alter bzw. bei Erwerbstätigkeit haben im Juli eine Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro erhalten.
- Arbeitslosengeld II und Sozialgeld sollen zum 1. Januar 2023 durch das neue **Bürgergeld** ersetzt werden. Das Bürgergeld soll ab Januar 2023 für alleinstehende Erwachsene 502 Euro im Monat betragen – ein Plus von 53 Euro gegenüber dem aktuellen Wert. Künftig werden die Regelbedarfe besser und schneller an die Inflation angepasst.

Bezahlbare Mobilität

- Mit dem **9-Euro-Ticket** gab es von Juni bis August 2022 ein bundesweit gültiges Ticket für den öffentlichen Nahverkehr.
- Für ein Nachfolgeticket hat der Bund den Ländern 1,5 Milliarden Euro zugesagt, wenn die Länder mindestens den gleichen Betrag einbringen. Die Verkehrsminister:innen von Bund und Ländern haben einen gemeinsamen Vorschlag für ein bundesweit gültiges **Nahverkehrsticket für 49 Euro monatlich** vorgelegt.

So werden Arbeitsplätze gesichert

- Unternehmen werden bei den Energiekosten unterstützt. Die **Strompreisbremse** soll auch für bestimmte Unternehmen greifen. Von der **Gaspreisbremse** sollen grundsätzlich alle Unternehmen profitieren.
- Außerdem werden spezielle Hilfen für Unternehmen verlängert, die für ihr Geschäft besonders viel Energie benötigen. Der sogenannte Spitzenausgleich entlastet **energieintensive Unternehmen** weiterhin bei der Energie- und Stromsteuer.
- Unternehmen, die aufgrund der hohen Energiekosten in Schwierigkeiten geraten, werden unterstützt, auch aus dem Abwehrschirm von 200-Milliarden-Euro. Existierende Hilfsprogramme bleiben bis Jahresende 2022 weiter bestehen. Dazu gehören unter anderem die **Kredithilfen** der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und das sogenannte **Energiekostendämpfungsprogramm**.
- Die erleichterte Inanspruchnahme von **Kurzarbeitergeld** wurde bis Ende Dezember 2022 verlängert. Das heißt, es müssen weiterhin nur mindestens zehn Prozent der Beschäftigten eines Betriebes von einem Arbeitsausfall betroffen sein statt regulär ein Drittel. Außerdem müssen Beschäftigte vor der Gewährung von Kurzarbeitergeld keine Minusstunden aufbauen.
- Änderungen im Insolvenzrecht** wurden auf den Weg gebracht, damit gesunde Unternehmen wegen unsicherer Energie- und Rohstoffpreise nicht in den Bankrott gedrängt werden.
- Die **Umsatzsteuer auf Speisen in der Gastronomie** liegt bis Ende 2023 beim verringerten Satz von sieben (statt 19) Prozent. Die aufgrund der Corona-Pandemie eingeführte Regelung galt zunächst bis Ende Dezember 2022.

»In der Krise liegt die Chance immer nah

Fraktionsvizin Verena Hubertz
über den Schaden
der hohen Energiepreise
für die Wirtschaft
und die Rolle des Staates,
um gut durch diese Krise
zu kommen.



Viele lange Jahre haben deutsche Verbraucher:innen und Unternehmen günstiges Gas aus Russland bezogen. Der Lieferstopp macht Energie nun knapp und treibt die Preise in die Höhe. Verena Hubertz ist überzeugt, dass mit der richtigen Unterstützung alle gut durch diese Krise kommen können – und dass wir uns gleichzeitig gut für eine klimaneutrale Zukunft aufstellen können.

Fraktion intern: Verena, wie schlimm ist die Lage?

Verena Hubertz: Wenn Abschlagszahlungen teils das Einkommen überschreiten, dann ist die Lage wirklich sehr ernst. Deswegen haben wir ja auch schon mehrere Entlastungspakete auf den Weg gebracht, im Wert von fast 100 Milliarden Euro. Und jetzt ist noch ein Abwehrschirm im Wert von 200 Milliarden Euro dazugekommen, mit dem wir die Energiepreise senken wollen.

Fraktion intern: Auch wenn das sehr viel ist: Reicht das aus?

Verena Hubertz: Wir haben mit den 200 Milliarden jetzt wirklich schon einen riesengroßen Abwehrschirm gespannt. Wir müssen die Energiepreise dauerhaft auf ein bezahlbares Niveau bringen, damit die Leute ihre Rechnungen bezahlen können und Unternehmen nicht unverschuldet in die Insolvenz laufen. Niemand kann jetzt schon sagen, ob die 200 Milliarden ausreichen. Aber ich finde, dass diese Regierung eines gezeigt hat: Wir sind in der Krise handlungsfähig. Und wir passen unsere Maßnahmen immer wieder an, damit niemand allein gelassen wird.

Fraktion intern: Die aktuelle Prognose für das Wirtschaftswachstum sieht ja nicht so gut aus. Der Wirtschaftsminister hat schon von Rezession gesprochen. Wie schätzt du die Lage ein?

Verena Hubertz: Die Wirtschaft wird nächstes Jahr nach den Prognosen des Bundesministeriums für Wirtschaft um 0,4 Prozent schrumpfen. Ohne den Abwehrschirm wäre es viel schlimmer, weil sich die Inflation ja zum großen Teil aus den Energiepreisen zusammensetzt, und die Energiepreise bestimmen weitere Preise, weitere Lieferketten. Hohe Preise schlagen sich aber auch auf das Konsumverhalten nieder. Und deswegen müssen wir die Menschen entlasten, weil die mit dafür sorgen, dass viele Wirtschaftszweige ihre Umsätze machen. Mit der Gaspreisbremse dämpfen wir diesen Abschwung also ab.

Fraktion intern: Manche sagen, der Markt wird das schon regeln, der Staat sollte sich möglichst raus halten, so werden Unternehmen nur künstlich am Leben erhalten.

Verena Hubertz: Ich bin sehr froh, dass wir eingreifen, helfen und niemanden alleine lassen. Zu sagen: Dann gibt es halt keine Stahlindustrie mehr in Deutschland, wenn die nicht in der Lage ist, wettbewerbsfähig mit den Preisen parat zu kommen, ist als Sozialdemokratin nicht meine Antwort. Wir müssen jetzt gerade unseren energieintensiven Unternehmen wie in der Stahl- und Chemieindustrie eine Brücke bauen, damit wir es schaffen, Arbeitsplätze im Land zu halten, aber auch, damit wir in der Zukunft innovativ, klimaneutral

und fortschrittlich produzieren und uns unabhängig machen können von eben diesem Gas aus Russland. Wenn wir jetzt nichts tun würden, die Unternehmen würden hopsgehen und wären schlicht weg. Jetzt zu helfen, macht in doppelter Hinsicht Sinn. Zum Erhalt der Arbeitsplätze und zum Bauen der Zukunft.

Fraktion intern: Wie stark stehen wir im internationalen Standortwettbewerb unter Druck was die Energiepreise angeht?

Verena Hubertz: US-Präsident Biden hat Milliarden-Hilfsprogramme geschnürt, da kostet der Gaspreis ein Zehntel von dem, was wir hier haben. Wir stehen in einem riesigen internationalen Wettbewerb, auch europäisch. Frankreich etwa hat einen günstigeren Industrie-Strom-

preis. Damit die Konzerne bei uns bleiben, müssen wir ihnen helfen, die Krise abzufedern. Deshalb wird auch die Großindustrie eine Gaspreisbremse bekommen. Bedingung dafür ist aber der Standort-Erhalt. Wir müssen aber großen Unternehmen auch helfen, dass sie schnell unabhängig werden können vom Gas.

Fraktion intern: Wie denn?

Verena Hubertz: Zum Beispiel durch die sogenannten Klimaschutz-Differenz-Verträge. Wenn Unternehmen in CO₂-neutrale Produktionsanlagen investieren, dann übernehmen wir das Delta, was es kosten würde, jetzt diese Maschine direkt zukunftsfähig zu machen, bis sie sich von selbst trägt. Und das ist nur ein Beispiel von vielen Maßnahmen. Dafür haben wir 200 Milliarden Euro

in einem Klima- und Transformationsfonds vorgesehen.

Fraktion intern: Das sind ja riesige Summen. 200 Milliarden Klimafonds, 200 Milliarden Abwehrschirm, 100 Milliarden für drei Entlastungspakete innerhalb von nur neun Monaten. Wann kommt das nächste Paket?

Verena Hubertz: Natürlich müssen wir schauen, dass wir niemanden verlieren. Deswegen ist ja auch bei der Ausarbeitung der Gaspreisbremse ein Härtefall-Fonds ein wichtiges Thema, um Mittelständlern oder Privathaushalten zusätzlich bis zum Eintreten der Gaspreisbremse im März helfen zu können. Auch für weitere Energieträger wie Ölheizungen und Holzpellets wird an Lösungen gearbeitet.





Fraktion intern: Bevor die Gaspreisbremse im März greifen soll, gibt es im Dezember schon mal eine Einmalzahlung. Die bekommen alle – auch Reiche, die sie gar nicht brauchen. Warum?

Verena Hubertz: Das Problem ist, dass die Auszahlung über die Gas-Anschlüsse läuft. Wir wissen nicht, ob es sich um ein Mehrfamilienhaus, eine WG oder eine Villa handelt. Es wäre technisch gar nicht möglich gewesen, so schnell ein Matching zu machen mit Gas-Anschluss, Haushaltseinkommen, Haushaltsgröße. Und deswegen ist das jetzt ein pragmatischer, aber eben auch sehr schneller Weg, über den diejenigen, die die Hilfe jetzt brauchen, sie auch bekommen. Aber uns ist natürlich klar, dass wir den geringen Einkommen noch einmal über andere Wege helfen müssen. Zum Beispiel mit der großen Wohngeldreform, die gerade auf den Weg gebracht wurde, zum Beispiel mit der Kindergrundsicherung, die nächstes Jahr kommt. Familien, die weniger Geld haben, sollen eben auch mehr Kindergeld kriegen.

Fraktion intern: Wann kommt denn eigentlich die Strompreisbremse?

Verena Hubertz: Die ist gar nicht mal so unkompliziert, weil wir uns ja da auch auf einen europäischen Weg begeben haben und gesagt haben, wir wollen die sogenannten Übergewinne abschöpfen, und damit eben auch diese Bremse refinanzieren. Das muss jetzt schnell gehen, und wir machen da auch Druck.

Fraktion intern: Wenn die Wirt-

schaft ums Überleben kämpft, wie wichtig ist da noch der Klimaschutz?

Verena Hubertz: In der Krise liegt die Chance immer nah, das hat uns auch die Pandemie gezeigt. Sie hat uns mit dem Thema Digitalisierung vorpreschen lassen – zum Beispiel, indem die Unternehmen zum ersten Mal richtig Home Office angeboten haben, weil sie mussten. Viele Unternehmen fragen sich erst jetzt: Wo kommt eigentlich unser Gas her? Welche Heizung haben wir? Was ist eigentlich unsere Energiebilanz? Das Gas floss jahrzehntelang aus Russland, daran hatten sich alle gewöhnt. Die Zukunft, die braucht vielleicht auch manchmal einen Bruch.

Fraktion intern: Wenn uns das wirklich gelingen sollte, in relativ kurzer Zeit dieses Land mit Windrädern und Solarpanels zuzupflastern, wird Energie dann eigentlich jemals wieder so günstig wie vorher?

Verena Hubertz: Die Erneuerbaren sind die günstigste Form. Aber die Wahrheit ist auch: Wir brauchen nicht nur Wind- und Solarkraft, sondern auch Wasserstoff. Nur mit Strom lässt sich kein Stahlwerk betreiben, und deswegen brauchen wir auch ein schnelles Hochlaufen der Wasserstoffindustrie. Und Wasserstoff ist teuer. Aber wenn wir nicht anfangen, das richtig zu skalieren, dann wird er auch nie günstiger. Beim Wasserstoff müssen wir noch auf die Tube drücken und ihn subventionieren, damit der im großen Umfang dann auch industriell wettbewerbsfähig werden kann. Wir müssen unbedingt unabhängig von

russischem Gas werden und am besten auch unabhängig von Gaslieferungen aus anderen Regionen dieser Welt, wo auch Diktatoren an der Macht sitzen.

Fraktion intern: Drei Atomkraftwerke sollen jetzt weiterlaufen bis Mitte April, falls es zu Engpässen kommen sollte. Viele sind aber der Meinung, wir sollten die Atomindustrie wieder auferstehen lassen, sie auch darüber hinaus wieder ausbauen.

Verena Hubertz: Es geht nicht um einen Wiedereinstieg in die Atomenergie. Sie ist teuer, gefährlich und generationenungerecht. Ich habe meinen Wahlkreis gegenüber der französischen Grenze und da steht das Cattenom-Kraftwerk, und das ist eines der anfälligsten Kraftwerke. Und wenn das in die Luft geht, dann wäre das auf beiden Seiten der Grenze eine Katastrophe. Die Zukunft ist erneuerbar, die Zukunft ist nicht Atom.

Fraktion intern: Blickst du insgesamt trotz dieser ersten Situation optimistisch in die Zukunft?

Verena Hubertz: Wir haben eine Kriegssituation, aber wir sorgen dafür, dass es keine soziale und keine wirtschaftliche Krise wird – und dass wir miteinander gut aus dieser Krise wieder herauskommen.

Das Gespräch mit
Verena Hubertz als
Podcast hören Sie hier



So machen wir uns unabhängig von Putins Gas

Mit dem Bau von Flüssiggas-Terminals, neuen Energiepartnerschaften und dem Ausbau der Erneuerbaren wird die Energiesicherheit gewährleistet.

Deutschland importiert rund 95 Prozent seines Gases. Vor Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine kam über die Hälfte des in Deutschland verbrauchten Gases aus Russland (2021 im Mittel ca. 55 Prozent). Russland hat seine Lieferungen nach Deutschland und Europa in den letzten Monaten immer weiter eingeschränkt; aktuell erhält Deutschland kein Pipelinegas mehr aus Russland.

Bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn hat die Ampel-Koalition Schritte eingeleitet, um die Energieversorgung in Deutschland zu sichern und die Abhängigkeit von russischem Gas zu reduzieren. Gasimporte aus Russland wurden weitgehend kompensiert durch: Mehr Erdgaslieferungen aus Norwegen und den Niederlanden, zusätzliche Importe über Flüssiggas-Terminals (LNG) über

Nordwest-Europa und eine verringerte Nachfrage nach Gas.

Die Bundesregierung ist außerdem im Austausch mit verschiedenen Ländern außerhalb Europas, um die Gasimporte weiter zu diversifizieren und neue Gas- und perspektivisch Wasserstoffpartnerschaften zu schließen.

Im Sommer wurde mit einem großen Gesetzespaket der massive Ausbau der erneuerbaren Energien ermöglicht: Vor allem durch die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren wurden viele Hürden abgebaut. Auf lange Sicht geht es nämlich vor allem darum, unabhängig zu werden vom Import von Öl, Kohle und Gas und die erneuerbaren Energien auszubauen.



Konstruktion eines schwimmendes Flüssiggas-Terminals: In Wilhelmshaven entsteht eine sogenannte FSRU (Floating Storage and Regasification Unit). An dem Anleger soll noch in diesem Winter der Flüssiggasimport nach Deutschland möglich sein.

Die wichtigsten Maßnahmen:

1.

Gasspeicher füllen

Deutschland hat 23 Gasspeicher mit einem Speichervolumen von 24 Milliarden Kubikmeter. Zu Beginn des Jahres war der Speicherstand in den Gasspeichern noch niedrig. Mit dem „Gasspeichergesetz“ hat die Bundesregierung dann sichergestellt, dass die deutschen Gasspeicher zu Beginn des Winters gefüllt sind.

Sie waren bereits Mitte Oktober zu 95 Prozent gefüllt, obwohl der Stichtag dafür erst der 1. November war. »Die gut gefüllten Speicher werden uns im Winter helfen«, sagte der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller.

Die Speicher gleichen Schwankungen beim Gasverbrauch aus und bilden damit einen Puffer für den Gasmarkt.

2.

Flüssiggas-Terminals bauen

Bislang erfolgt der überwiegende Anteil des Erdgasimports nach Deutschland über Pipelines. Doch Gas

kann auch mit Schiffen nach Europa und Deutschland gebracht werden. Sie transportieren Gas in flüssiger Form, also als LNG (Liquified Natural Gas). In LNG-Terminals wird dieses Flüssiggas aus den Schiffen erst abgepumpt und dann erhitzt, sodass es wieder gasförmig wird. Danach kann es wieder in das Gasnetz eingespeist werden.

Da Deutschland zu Beginn des Krieges über keine eigenen LNG-Terminals verfügte, hat die Bundesregierung den schnellen Einsatz gleich mehrerer Terminals auf den Weg gebracht, über schnelle Verfahren zur Zulassung, der Errichtung und des Betriebs von schwimmenden Flüssiggasterminals, sowie für den Bau der erforderlichen Anbindungsleitungen zum Gasversorgungsnetz.

Vier schwimmende LNG-Terminals wurden bereits vom Bundeswirtschaftsministerium angemietet für den Einsatz in Wilhelmshaven, Brunsbüttel, Stade und Lubmin, die Errichtung dreier weiterer Terminals ist geplant. Zudem beabsichtigt der Bund, ein weiteres Flüssiggasterminal zu chartern, welches ab Ende 2023 in Wilhelmshaven betrieben werden soll. Außerdem ist die Errichtung eines schwimmenden LNG-Terminals in Lubmin durch ein privates Konsortium geplant.

Insgesamt entstehen so schrittweise bis Ende 2023 über 30 Milliarden Kubikmeter Importkapazität für Flüssiggas.

3.

Erneuerbare Energien schneller ausbauen

Im Juli 2022 wurde die größte energiepolitische Gesetzesnovelle seit Jahrzehnten beschlossen, die den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien vorgibt. Es soll deutlich mehr Solarenergie auf Dächern und Freiflächen geben und es sollen schneller neue Flächen für Windkraft erschlossen werden. Alle erneuerbaren Energien liegen nun im „überragenden öffentlichen Interesse“. Das beschleunigt die Genehmigungsverfahren enorm. Bis 2030 soll der Anteil der Erneuerbaren am Bruttostromverbrauch auf mindestens 80 Prozent steigen.

Um das neue Ausbauziel für Wind- und Solarenergie 2030 zu erreichen, werden die Ausschreibungsmengen für die Zeit bis 2028/29 erhöht. Zur Erreichung der EEG-Ausbauziele müssen zwei Prozent der Bundesfläche für die Windenergie an Land ausgewiesen werden. Dies wird mit dem Wind-an-Land-Gesetz bis 2032 umgesetzt werden.

Außerdem ermöglichen Änderungen am Energiesicherungsgesetz die erhöhte Nutzung von erneuerbaren Energien. Dazu zählen unter anderem eine Ausweitung von Bioenergienutzung und mehr Auslastung von Windenergieanlagen durch verminderte Nachtabschaltungen.

4.

Vorübergehend mehr Kohlekraftwerke einsetzen

Vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wurden in Deutschland 13 Prozent des Stroms aus Erdgas erzeugt. 31,5 Prozent des Stroms wurde aus Kohle gewonnen (Zahlen aus dem 1. Quartal 2022).

Die Bundesregierung hat beschlossen, dort wo notwendig Gaskraftwerke durch Kohlekraftwerke zu ersetzen. Das erste zusätzliche Steinkohlekraftwerk liefert bereits Strom. Weitere werden folgen. Zudem soll die Verlängerung des Betriebs von Kohlekraftwerken in Nordrhein-Westfalen, die eigentlich stillgelegt werden sollten, bis 2024 gesetzgeberisch umgesetzt werden. Am Kohleausstieg bis 2030 wird festgehalten. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, sollen neue Gaskraftwerke gebaut werden, die Wasserstoff verbrennen können.

5.

Atomkraftwerke laufen länger als geplant

Deutschland hat noch drei Atomkraftwerke (AKW), die Strom erzeugen: Isar 2 (Bayern), Neckarwestheim 2 (Baden-Württemberg) und Emsland (Niedersachsen). Sie produzieren bislang etwa sechs Prozent der in Deutschland verbrauchten Strommenge.

Es war vorgesehen, dass diese Atomkraftwerke nach dem 31. Dezember 2022 abgeschaltet werden. Zur Absicherung für den Winter 2022/2023 soll nun ein befristeter Weiterbetrieb der drei Atomkraftwerke Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 bis zum 15. April 2023 ermöglicht werden. Damit werden zusätzliche Erzeugungskapazitäten im deutschen Stromnetz gehalten. Das ist ein positiver Beitrag zur Leistungsbilanz und Netzsicherheit.

6.

Existenz der Versorgungsunternehmen sichern

Weil sie kein Gas mehr aus Russland beziehen können, müssen Versorgungsunternehmen kurzfristig Gas aus anderen Quellen und zu aktuellen Spotmarktpreisen beziehen, die teils sehr hoch sind. Die Unternehmen können diese Preise aber nicht unmittelbar weitergeben, weil sie vertraglich an günstige Verkaufspreise gebunden sind. Deshalb entstehen durch die Kosten für diese Ersatzbeschaffungen hohe Verluste bei den Versorgungsunternehmen, die diese nicht dauerhaft tragen können.

Am 21. September 2022 hat die Bundesregierung entschieden, 99 Prozent der Anteile an dem Unternehmen Uniper, Deutschlands größtem Gasimporteure, zu übernehmen. Damit wird eine klare Eigentümerstruktur geschaffen, um so Uniper und damit die Energieversorgung für Unternehmen, Stadtwerke und Verbraucher:innen zu sichern.



Windkraftanlagen auf einem Feld bei Paderborn. Bis 2030 sollen mindestens 11,5 Gigawatt aus Windenergie produziert werden.

7.

Erdölversorgung und den Standort Schwedt sichern

Auf der Grundlage des Energiesicherungsgesetzes hat die Bundesregierung die Rosneft Deutschland GmbH (RDG) und die RN Refining & Marketing GmbH (RNRM) unter die Treuhandverwaltung der Bundesnetzagentur gestellt. Diese Unternehmen betreiben mehrere Raffinerien und führen jeden Monat Rohöl im Wert von mehreren hundert Millionen Euro aus Russland nach Deutschland ein. Grund für die Anordnung der Treuhandverwaltung war, dass die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs der betroffenen Raffinerien aufgrund der Eigentümerstellung der Unternehmen in Gefahr war. Zentrale kritische Dienstleister wie Zulieferer, Versicherungen, IT-Unternehmen und Banken, aber auch Abnehmer, waren nicht mehr zu einer Zusammenarbeit mit Rosneft bereit – weder mit Raffinerien mit Rosneft-Beteiligung noch mit den deutschen Rosneft-Töchtern, RDG und RNRM, selbst.

Damit übernimmt die Bundesnetzagentur die Kontrolle über Rosneft Deutschland und damit auch über den jeweiligen Anteil in den drei Raffinerien PCK Schwedt, MiRo (Karlsruhe) und Bayernoil (Vohburg). Mit der Treuhandverwaltung wird der drohenden Gefährdung der Energieversorgungssicherheit begegnet und ein wesentlicher Grundstein für den Erhalt und die Zukunft des Standorts Schwedt gelegt.

8.

Gas sparen

Alle EU-Mitgliedstaaten werden zwischen dem 1. August 2022 und dem 31. März 2023 ihre Gasnachfrage um mindestens 15 Prozent reduzieren (im Vergleich zum Durchschnitt der letzten fünf Jahre). Das Ziel gilt zunächst freiwillig, kann bei weitreichenden Versorgungsengpässen aber verpflichtend gemacht werden.

Um seinem großen Anteil an energieintensiven Industrien Rechnung zu tragen, strebt Deutschland eine Einsparung von 20 Prozent an.

Außerdem soll ein Energieeffizienzgesetz auf den Weg gebracht werden, das konkrete Einsparziele vorsieht.

